3. Februar 1922 • 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 50 Pf.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 58

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Ausdehnung der Streikbewegung.

Die städtischen Arbeiter Berlins für einen Generalstreik. — Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Heute nachmittag Besprechung des Reichskanzlers mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Die Streiklage.

Eisenbahnerstreik hat sich seit heute früh unverkenn- schärft. Zwar lauten die Nachrichten aus einigen nsbezirken, wie Erfurt, Breslau, Nürnberg, günstiger. allgemeinen ist doch bedauerlicherweise ein starkes vellen der Ausstandsbewegung festzu- . Besonders ernste Nachrichten kommen aus Ost- und dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo lenversand ganz aufgehört hat und auch die Kohlen- te für die Entente nicht mehr befördert werden. d bisher nur der größte Teil der Lokomotivführer Begleitpersonal streikten, haben sich jetzt vielfach auch beamte, Vorsteher, Weichensteller und Rangierer der ng angeschlossen. In Berlin ist die Situation be- unerfreulich, da hier auch nahezu alle Arbeiter, die igewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverband ert sind, ihre Tätigkeit eingestellt haben. Der Ver- und der Güterverkehr liegt infolgedessen hier völlig , und die Lebensmittelversorgung, insbesondere die ng von Milch für Kinder und Kranke, ist stark ge-

nicht genug damit. Der von der Reichsgewerkschaft nbahnbeamten und -anwärter frivol vom Zaun ge- Streik, der von allen übrigen Organisationen, von en Parteien und selbst von großen Teilen der Eisen- mtenschaft aufs schärfste verurteilt wird, beginnt trotz- itere Kreise, über die Eisenbahner hinaus, zu ziehen. tverordnung des Reichspräsidenten, die forderung zum Streik unter Strafe stellt, hat in der terschaft eine nicht geringe Erregung rgerufen, da man in ihr eine Bedrohung der nstfreiheit sieht. Vorläufig völlig mit unrecht. Denn eit sich hier nicht um einen Ausstand von Angestellten beiteren, die in einem privaten, jederzeit kündbaren rtrag stehen, sondern um lebenslänglich angestellte, berechtigte Beamte. Würde den Beamten ein Streik- gestanden werden, so würde an die Stelle der Volks- t die Beamtenherrschaft treten. Die Beamten würden derzeit in der Lage sein, durch das Mittel der Arbeits- erung ihre Bezüge nach Belieben hinaufzusetzen. Der rtz" sagt daher völlig zutreffend, daß der Staat sem Kampfe nicht auf der Strecke liegen n dürfe. Sonst würden wir in der Tat zu einem e kommen, wo nicht die Beamten des Volkes wegen, das Volk der Beamten wegen da ist. Aber diese scheint den radikalisierten unteren Beamten noch nicht en zu sein. Jedenfalls ist jetzt auch die Reichsgewerk- er Post- und Telegraphenbeamten zu- getreten, um zu einem Streik der Eisenbahner Stellung nen, der bisher von ihnen nur finanziell unterstützt

ern abend hatte die Berliner Ortsverwaltung des rkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerver- s, gegen den Willen des Vorstandes, beschlossen, eben- den Ausstand zu treten. Diesem Beschluß haben sich ormittag die Werkstättenarbeiter, Rangierer und Hilfs- angeschlossen. Es liegt also die Vermutung nahe, Bewegung den Händen der Führer bereits entgleitet. dessen wandte sich noch gestern abend der Vorsitzende gemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der Spitzen- ation der sozialdemokratischen Gewerkschaften, Lei- an den Reichspräsidenten Ebert, um ihn aufgerzgten Stimmung der gesamten Arbeiterschaft die Notverordnung in Kenntnis zu setzen. e eine Vermittlung an. Der Reichspräsident wandte auf an den Reichskanzler, und Dr. Wirth hat r den Gewerkschaftsbund wissen lassen, daß er ertreter heute nachmittag zu einer Be- ung empfangen würde. Verhandlungen mit eiksführern können natürlich nicht in Betracht kommen. öglich, daß die Notverordnung des Reichspräsidenten ifsere Fassung in der Frage des Koalitionsrechtes er- d daß dann, wenn die Arbeiterschaft dadurch beruhigt Gewerkschaftsbund alles daran setzen wird, um den er Eisenbahner, der gegen alle gewerkschaftlichen Ge- aften inszeniert wurde, zum Erliegen zu bringen. ich parallel mit diesen Vorgängen läuft die Be- g der städtischen Arbeiter Berlins. In t hat die Urabstimmung über einen Streik bereits be- und wurde am Vormittag abgeschlossen. Die über- nde Mehrheit sprach sich für den Streik o daß in Berlin auch noch mit der Einstellung des bahnbetriebs und der Gas-, Wasser- und Elektrizitäts- ung zu rechnen ist. Der Streitpunkt ist hier der revi- nannte Manteltarif, über den zur Stunde noch im beitsministerium verhandelt wird. Von dem Aus- eser Verhandlungen wird es abhängen, ob über Berlin ch ein Generalstreik der städtischen Arbeiter herein- wird.

Lage ist also sehr unerfreulich. Das ganze deutsche tsleben ist von neuem bedroht, und wenn nicht die gen gewissenlosen Hetzern verführten Beamten und bald zur Besinnung kommen, ist eine Wirtschafts- he unausbleiblich. Von ihr werden aber gerade die Kreise am schwersten betroffen werden, die es auf diese verbrecherische Machtprobe haben ankommen lassen. Das Angestelltenverhältnis der Beamten wird dann, und vornehmlich bei den staatlichen Verkehrsanstalten, einer Revision unterzogen werden müssen, die Rechte und Pflichten auf beiden Seiten gleichmäßiger als bisher verteilt.

* * *

Ein Vermittelungsschritt der Gewerkschaften.

Beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler.

Der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat, nach der Dena, gestern abend bereits dem Reichspräsidenten Ebert einen Besuch abgestattet, um eine Vermittlungsaktion in die Wege zu leiten. Die Streiklage droht kritisch zu werden, denn der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes wird von allen Seiten aufgefordert, den sofortigen Generalstreik zu erklären.

Der Reichspräsident hat dem Reichskanzler die Bitte des Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes übermittelt, die Vertreter der Gewerkschaften zur Streiklage zu hören. Der Reichskanzler hat daraufhin mitgeteilt, daß er bereit ist, die Vertreter der Gewerkschaften heute nachmittag zu empfangen.

*

Man ist in Parlamentskreisen der Ueberzeugung, daß im Interesse der Erhaltung der Grundlagen jeder staatlichen Ordnung die Reichsregierung ihre bisherige Haltung im Interesse des Volksganzen auch weiterhin beibehalten muß, auch dann, wenn sie zeitweise Opfer von der Bevölkerung erfordern sollte. Die Regierung wird heute nachmittag eine **Kabinettssitzung** abhalten, in der über die Streiklage und die weiterhin zu ergreifenden Maßnahmen beraten wird. Im Anschluß daran wird die Besprechung mit den Vertretern der Gewerkschaften stattfinden.

Was die gestrige Unterhaltung betrifft, die zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Leipart stattfand, so wies der Vorsitzende in seinen Ausführungen darauf hin, daß innerhalb der Gewerkschaften eine starke Abneigung gegen die von dem Reichspräsidenten erlassene Streikverordnung bestände, und daß es aus diesem Grunde leicht auch zu einem Streik der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter kommen könnte. Leipart bat den den Reichspräsidenten dann, vermittelnd einzugreifen. Diesen Ausführungen Leiparts hielt der Reichspräsident entgegen, **daß es unmöglich sei, den Beamten ein Streikrecht zu gewähren,** und ferner, daß es von einer Regierung unvereinbar mit der Staatsautorität wäre, wenn diese Beamten noch ein Ultimatum mit Frist stellten, innerhalb deren ihre Forderungen erfüllt werden sollten. Nichtsdestoweniger erklärte sich der Reichspräsident bereit, die Bitte des Gewerkschaftsvorsitzenden um Vermittlung weiterleiten zu wollen. Im Anschluß an diese Unterredung machte der Reichspräsident dem Reichskanzler **Dr. Wirth** von der Unterhaltung mit Leipart Mitteilung und ersuchte ihn, wenn er es für richtig halte, im Laufe des heutigen Tages mit den Gewerkschaftsvertretungen Besprechungen anzuberaumen. Dementsprechend werden heute nachmittag die Gewerkschaftsvertreter von Dr. Wirth empfangen werden.

Verschärfung der Streiklage in Berlin.

Die lebenswichtigen Transporte gefährdet.

Berlin, 3. Februar. (W. T. B.)

Die Eisenbahndirektion Berlin teilt über die Streiklage in ihrem Bezirk folgendes mit: Die Streiklage hat sich seit gestern abend dadurch verschärft, daß fast die gesamten Weichensteller und Aufsichtsbeamten der großen Rangier- und Güterbahnhöfe sowie die dem Deutschen Eisenbahnerverband angehörenden Arbeiter sich dem Streik angeschlossen haben. Es streiken zurzeit rund 98 Prozent der Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonals, rund 80 Prozent der Weichensteller, etwa 20 bis 30 Prozent der Eisenbahnaufsichtenten und Eisenbahnsekretäre und nahezu geschlossen alle dem Deutschen Eisenbahnerverbande angehörenden Arbeiter. Trotz weiteren Einsatzes der Technischen Nothilfe liegt infolge der geschilderten Verschlechterung der Verhältnisse der Güterverkehr ganz darnieder. Die Zustellung des geringen Kohlenumganges zu den Verbrauchsstellen ist ungewiß; auch die Aufrechterhaltung des übrigen lebenswichtigen Güterverkehrs ist stark in Frage gestellt.

Gefahren wurden nach und von Stettin und Stargard sechs Personenzüge, ein Eilgüterzug mit Milch und Vieh, von Hannover ein D-Zug, von Magdeburg ein Personenzug, von Halle ein D-Zug und zwei Eilgüterzüge mit Milch und Vieh, nach Görlitz ein Personenzug, von Gösten zwei Personenzüge, von Breslau ein D-Zug und von Küstrin zwei D-Züge und zwei Viehzüge. Bemerkt wird noch, daß die Hauptwerkstätten mit Ausnahme von Potsdam in den Streik getreten sind.

Der amtliche Situationsbericht.

Die Lage am zweiten Streiktage.

Die Pressestelle des Reichsverkehrsministeriums gibt über die Lage, wie sie sich heute mittag um 12 Uhr darstellt, folgenden Bericht:

1. Der Streikaufforderung der Reichsgewerkschaft ist das Personal in Bayern, Württemberg, Baden überhaupt nicht, in Mecklenburg fast gar nicht gefolgt. Im besetzten westlichen Gebiet und im Bezirk Kattowitz ist der Streik durch die Besatzungsbehörden verboten. Im übrigen Norddeutschland sind die Lokomotivbediensteten zum größten Teil in den Streik getreten, in geringerem Umfange das Zugpersonal, noch weniger das Stationspersonal. Trotz der plötzlichen Stockung infolge des Fortbleibens namentlich des Lokomotivpersonals ist in mehreren Bezirken bereits gestern mit dem noch vorhandenen Personal ein Notbetrieb durchgeführt worden. Im Bezirk Magdeburg sind zum Beispiel 60 bis 70 Personenzüge und 30 bis 40 Güterzüge, im Bezirk Breslau auf einer Strecke allein 22 Personenzüge gefahren worden. In Halle und Erfurt hat man gleichfalls schon gestern dem Streik verhältnismäßig stark entgegenwirken können. Inzwischen ist an den meisten Stellen die Technische Nothilfe eingesetzt, seit heute morgen in verstärktem Umfang. Man hofft, dadurch den lebenswichtigen Güterverkehr und den Berufsverkehr durchführen zu können. Der Schutz der Bahnanlagen ist da, wo es nötig ist, eingesetzt; Bahnhöfe und sonstige Anlagen, die die Streikenden vorübergehend besetzt hatten, sind geräumt. Das volle Funktionieren des Notbetriebes wird natürlich noch einige Tage dauern, doch hofft die Verwaltung bestimmt, diesen Notbetrieb durchführen zu können.

2. **Verhandlungen mit den Streikenden kommen natürlich überhaupt nicht in Frage. Insbesondere ist eine Aufforderung an die Streikenden irgendwelcher Art nicht erfolgt und wird auch nicht erfolgen.** Auch eine Beteiligung Streikender bei der Nothilfe muß grundsätzlich abgelehnt werden.

3. Einzelne Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes sympathisieren mit den Streikenden. In Berlin ist die Ortsgruppe des Verbandes heute vormittag in den Streik getreten, so daß die Aufrechterhaltung des lebenswichtigen Verkehrs erschwert ist. Doch hofft man trotzdem, auch dieser Schwierigkeit Herr zu werden. Nach Informationen des Reichsverkehrsministeriums steht der Hauptvorstand des Verbandes diesen Teilaktionen fern und ist weder bereit, sie finanziell noch sonstwie zu unterstützen.

4. Sabotageakte haben an einzelnen Stellen stattgefunden. So wurde in Münster (Westf.) die Richtleitung durch Zerschneidung des Kabels zerstört; in Königsberg (Neum.) versuchte ein Lokomotivführer, den Oberbahnhofsvorsteher abzusetzen.

5. Mitglieder der Aktionsausschüsse wurden namentlich in Hamburg verhaftet.

Wirtschaftsbeihilfen an Reichsbeamte.

Ein Nachtragsetat.

Wie wir hören ist vom Reichskabinett bereits vor einigen Tagen ein Nachtragsetat zum Reichshaushaltsplan für 1921 verabschiedet worden, durch den Mittel für die Bewilligung von Wirtschaftsbeihilfen an Reichsbeamte in Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen in Anlehnung an die bewilligten Teuerungszuschüsse bereitgestellt werden. Dieser Nachtragsetat ist bereits den Landesregierungen zugegangen und wird voraussichtlich Mitte nächster Woche verabschiedet werden, so daß der Reichstag darüber Beschluß fassen wird.

Der Standpunkt der Organisationen.

Teils für, teils gegen Beteiligung am Streik.

Die örtlichen Funktionäre des **Deutschen Eisenbahnerverbandes** (freigewerkschaftlich) haben gestern beschlossen, heute früh die Streikparole für ihre Mitglieder auszugeben.

Im Gegensatz hierzu veröffentlicht der **Allgemeine Eisenbahnerverband** (Gewerkschaftsring) folgende kategorische Erklärung: „Nachdem in strittem Widerspruch zu der einheitlichen Streikablehnung durch die drei Tarifvertragsorganisationen, nämlich den Deutschen Eisenbahnerverband (freigewerkschaftlich), die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich) und den Allgemeinen Eisenbahnerverband (Gewerkschaftsring) die rein örtlichen Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Berlin den Eintritt eines Teils der Eisenbahnarbeiterschaft in den Streik beschlossen haben, erscheinen folgende Feststellungen notwendig:

1. Bis zur Stunde sind weder offizielle Streikforderungen formuliert, noch ist darüber eine Verständigung mit den übrigen Gewerkschaften versucht worden.

2. Es läßt sich schon jetzt klar erkennen, daß der Streik überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Das geht schon aus dem vollständigen Fehlen eines Notstandsverkehrs zum Zwecke der lebenswichtigen Transporte hervor.

3. Es ist im gewerkschaftlichen Leben neu, daß Mitglieder einer Gewerkschaft über deren Kopf hinweg von Vertretern anderer

Organisationen in einen Streik hineingetrieben worden, ohne daß ihre eigene Gewerkschaftsleitung dazu Stellung nehmen konnte.

Die in diesen Feststellungen zutage tretenden Tatsachen machen es dem Vorstande des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes zu einer unabweisbaren Pflicht, im Bewußtsein eines gewissenhaften Verantwortungsgefühls gegenüber seinen Mitgliedern, diesen den Rat zu erteilen, ihrem regelmäßigen Dienst nachzugehen, soweit sie daran nicht durch den Gang der Ereignisse verhindert werden."

Die Reichsgewerkschaft der **Post- und Telegraphenbeamten** wird, wie wir hören, heute zu dem Streik der Eisenbahner Stellung nehmen. Der Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der in der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten organisiert ist, lehnt den Streik nach wie vor ab.

Von der Pressestelle des Reichsbundes der höheren Beamten wird uns mitgeteilt: „Der **Reichsbund der höheren Beamten,** dem die oberen Reichseisenbahnbeamten angeschlossen sind, hält die Forderungen der Reichsgewerkschaft, soweit sie sich auf die Gewährung des Existenzminimums für die unteren Besoldungsgruppen und die Einführung der gleitenden Gehaltsskala beziehen, für durchaus berechtigt; der Reichsbund selbst hat diese Forderungen in seinen in letzter Zeit in der Oeffentlichkeit lebhaft besprochenen Besoldungsvorschlägen vertreten. Dagegen hält er den Versuch, diese Forderungen durch den Streik durchzusetzen, mit der Beamtenstellung für völlig unvereinbar und bedauert im Interesse der gesamten Beamtenschaft, wenn dem Berufsbeamtentum durch die Auswirkungen des Vorgehens der Reichsgewerkschaft schwere Gefahren drohen."

Das Einkommen eines Lokomotivführers.

Ein Lokomotivführer in Ortsklasse A mit zwei Kindern im Alter von 6–14 Jahren bezieht augenblicklich ein Anfangsgehalt von 31 640 Mark, ein Endgehalt von 36 560 Mark, ein Durchschnittsgehalt von 36 680 Mark. Inbegriffen ist darin die sogenannte Aufwandsentschädigung.

Streik der Berliner Telegraphenarbeiter.

Die Telegraphenarbeiter bei der Oberpostdirektion Berlin haben beschlossen, in den Streik zu treten. Ein Teil der Arbeiter hat bereits die Arbeitsstätte verlassen. Der Ausstand ist zurückzuführen auf die Nichtbewilligung einer Teuerungszulage von 3,50 Mark pro Stunde. Es handelt sich wohl aber mehr oder weniger um eine versteckte Sympathiekundgebung für die Eisenbahner.

Auch die städtischen Arbeiter wollen streiken.

Das zahlenmäßige Ergebnis der Abstimmungen in den städtischen Betrieben ist zwar noch nicht ganz fertig gestellt, doch läßt sich bereits jetzt erkennen, daß der Manteltarif von etwa 85 bis 90 Prozent der städtischen Arbeiter abgelehnt worden ist. Infolgedessen ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß **auch die städtischen Arbeiter am Sonnabend morgen in den Streik treten,** falls es nicht dem zur Stunde tagenden Einigungsamt beim Magistrat gelingt, den Konflikt noch in letzter Stunde zu beseitigen. Der Beamtenbund hat zur Frage des Streiks noch keine Stellung genommen; er hat für heute nachmittag eine Vollversammlung der Delegierten einberufen.

Der Manteltarif vor dem Reichsarbeitsministerium.

Die heutige Sitzung des zur Beratung des städtischen Manteltarifs eingesetzten gemischten Ausschusses, der zum Einigungsamt zwischen den städtischen Arbeitern und dem Magistrat eingesetzt worden war, fand ein schnelles Ende, da die Funktionärversammlung der städtischen Arbeiter und Angestellten das Einigungsamt abgelehnt hatten, weil ihnen die Beschlüsse nicht annehmbar erschienen. Es wurde deshalb beschlossen, das Reichsarbeitsministerium anzurufen. Zu diesem Zwecke wurde ein aus zwei Magistratsvertretern und vier Stadtverordneten zusammengesetzter Ausschuß beauftragt, mit dem Vertreter des Reichswirtschaftsamts in Verhandlungen einzutreten. Der Ausschuß begab sich unverzüglich in das Reichsarbeitsministerium und nahm bereits in der Mittagstunde die Verhandlungen auf. Es ist anzunehmen, daß hier endgültige Beschlüsse gefaßt werden.

Beschlüsse des Einigungsamts.

Das Einigungsamt, das bekanntlich von den städtischen Arbeitern nicht anerkannt worden ist, hat heute folgenden Beschluß gefaßt:

In Abweichung vom Beschluß des Magistrats ist mit den Arbeitern und nicht ständig Angestellten ein gemeinsamer Tarifvertrag abzuschließen. Für die Straßenbahner sollen die notwendigen Tarifbestimmungen besonders vereinbart werden. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt acht Stunden ausschließlich der Pausen. (Die Arbeitnehmerverbände treten bekanntlich für den Achtstundentag inklusive Pausen ein.) Eine Ausnahme gilt für die Arbeiter der Gaswerke von den Oefen, für die die Arbeitszeit sechs Stunden beträgt. Die Arbeitszeit der Hilfsbeamten darf nicht höher sein, als die der Beamten der gleichen Gruppe. Einführung der Akkord- und Prämienarbeit. Zulässig soweit die technischen Vorrichtungen vorhanden sind und wenn der Betriebsrat zustimmt. (Die Arbeitnehmer wollen die Akkordarbeit nur für die Bewegung von Massengütern billigen). Die Gewährung eines Abkehrgeldes für Arbeiter und nicht ständig Angestellte wird abgelehnt. – Hinsichtlich des Krankenlohnes ist der Beschluß des Magistrats angenommen worden, wonach der Kranke nicht mehr erhalten darf, als der Gesunde, und zwar für 6, 13 und 26 Wochen. Weiter ist hinzugenommen worden der Antrag der Arbeitnehmerverbände, daß bei Heilstättenbehandlung die Vergütung auf die Dauer des Anstaltsaufenthaltes ausgedehnt werden soll. Hinsichtlich des Mitbestimmungsrechtes ist den bisherigen Bestimmungen beigefügt, daß der Betriebsrat die Folgen der Kündigung bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes aussetzen kann.

Der Notverkehr auf dem Luftwege.

Die völlige Verkehrsunterbindung von Berlin mit dem Reich hat der Deutschen Luftreederei Veranlassung gegeben, von heute ab einen regelmäßigen Flugverkehr nach Dortmund und nach Hamburg einzurichten. Die Flugzeuge, die sowohl der Personen- als auch der Postbeförderung dienen, verlassen den Flugplatz Staaken bei Spandau jeweils um 9 Uhr früh und kehren dann am nächsten Tage zum Abflugsort zurück. Eine besonders lebhafte Nachfrage herrscht für Sonderflüge nach den verschiedensten Städten im Reiche.

*

Die Allgemeine Berliner Omnibusaktiengesellschaft hat während des Eisenbahnerstreiks einen Vorwegenverkehr mit Kraftomnibussen nach Potsdam eingerichtet. Die Wagen verkehren vom Potsdamer Platz, Hauptbahnhof, über Schöneberg, Friedenau, Steglitz, Lichterfelde, Zehlendorf, Wannsee, Potsdam. Endhaltestelle vor der Hauptpost in Potsdam. Der erste Wagen von Berlin fährt um 5 Uhr 30 Minuten vom Potsdamer Platz und von da in Abständen von ungefähr einer Stunde, bis 6 Uhr abends. Der erste Wagen aus entgegengesetzter Richtung verläßt um 7 Uhr Potsdam. Fahrdauer ungefähr eine Stunde; Fahrpreis 50 Mark, Teilstrecke 30 Mark.

Frankreichs Stellung zu Genua.

Eine Note Poincarés an die Verbündeten.

Kritik der Resolution von Cannes.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 3. Februar.

Die Morgenblätter melden, daß Poincaré eine Note an die verbündeten Regierungen gesandt habe, um den Standpunkt Frankreichs zur Konferenz von Genua genau zu bezeichnen. Nach dem „Matin" ist Poincaré der Meinung, die Leiter der verbündeten Regierungen hätten in Cannes nur die Grundlinien für die Beratungen in Genua festgelegt, aber die Absicht gehabt, später noch über die Einzelheiten sich zu verständigen. Das „Echo de Paris" gibt einige Andeutungen darüber, in welcher Art der neue Ministerpräsident die sogenannten „Garantien" seines Vorgängers zu ergänzen wünscht. Die Formulierung dieser Garantien, wie sie am 6. Januar in Cannes vereinbart wurde, gebe zu „Mißverständnissen" Anlaß und könne nach der Meinung Poincarés sogar gefährlich für Frankreich werden. Ueber die Bedingungen, die die Sowjetregierung erfüllen solle, sei schon gesprochen worden. Sie müßten starke Bedenken erregen. Der Wortlaut des § 6 („Alle Länder müssen die Verpflichtung übernehmen, sich jedes Angriffes gegen ihren Nachbarn zu enthalten") könne sich gegen Frankreich wenden (!); denn durch eine solche Verpflichtung würden der französischen Regierung die Mittel genommen, die Durchführung des Versailler Vertrages zu sichern. Diese Auffassung wird man sich merken müssen. Pertinax gibt im Augenblick als ein Vertrauensmann der Regierung. Es wäre interessant, zu erfahren, ob auch Poincaré der Meinung ist. **der französischen Regierung müsse die Möglichkeit eines Angriffes gegen ihr Nachbarland offen gehalten werden.** Die Ausführungen von Pertinax über die Paragraphen 2 und 3 der Resolution von Cannes sind gleichfalls sehr bemerkenswert. Pertinax schreibt: „Wiederherstellung eines sicheren europäischen Friedens? Soll das heißen, daß dieser neue Friede außerhalb der bestehenden Friedensverträge gemacht werden soll? Zu Paragraphen 3 wird allerdings gesagt, daß die Mächte den Wunsch haben, daß für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen unerläßliche Vertrauen ohne Schädigung der bestehenden Verträge zu schaffen. Aber dieser Paragraph 3 könnte dennoch, so wie er jetzt lautet, dem Recht Frankreichs auf Wiedergutmachung schädlich werden. Der Vertrag von Versailles ermöglicht sehr starke Forderungen, falls er mißbräuchlich ausgelegt wird." Dieses Wort „mißbräuchlich" ist bemerkenswert. Es zeigt unverhüllt die Auffassung der französischen Nationalisten, die den Versailler Friedensvertrag lediglich als einen Zwangsvertrag zugunsten Frankreichs, ohne Berücksichtigung der anderen Verbündeten ansehe. Pertinax unterstreicht diese Interpretation noch, indem er Poincaré daran erinnert, daß der neue Ministerpräsident in seiner ersten Kammerrede versprochen hat, nicht nach Genua zu gehen, falls die Rechte Frankreichs nicht vollkommen gesichert seien.

Pertinax erzählt dann noch einiges vom Völkerbund, dessen leitende Persönlichkeiten über die Konferenz, die dem Völkerbund in Genua gemacht worden sein soll, ganz verzweifelt seien! In Cannes habe der zweite Sekretär des Völkerbundes, Monnet, Briand und Lloyd George davon zu überzeugen versucht, daß die Konferenz in Genua unter der Flagge des Völkerbundes gehen müsse, aber Lloyd George habe diesen Plan verhindert, indem er darauf hinwies, daß weder Amerika noch Rußland ein Patronat des Völkerbundes anerkennen. Es wäre ganz ausgeschlossen, noch einmal den Versuch zu wagen, Genf und Genua in Verbindung zu bringen. Pertinax gibt auch, daß es vorteilhafter für Frankreich ist, wenn zwischen dem Völkerbund und der Konferenz von Genua ein Unterschied gemacht wird. Dieser Gedankengang findet sich ziemlich genau ebenso auch im „Matin" wiedergegeben, so daß mit einiger Wahrscheinlichkeit auf den gleichen Ursprung beider Informationen geschlossen werden kann. Es ist nicht anzunehmen, daß die französische Dialektik den anderen Verbündeten ohne weiteres einleuchten wird.

Paris, 3. Februar. (W. T. B.)

Wie der „Matin" berichtet, hat Ministerpräsident Poincaré den Entschluß gefaßt, auf diplomatischem Wege an die alliierten Regierungen Bemerkungen über das in Cannes festgesetzte Programm für die Konferenz von Genua zu richten. Er werde unter anderem den ersten Paragraphen der Resolution, der von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands spricht, bemängeln und die Frage stellen, wie man diesen Paragraphen mit der Notwendigkeit, von Rußland Garantien hinsichtlich der Ausführung der Verträge zu erlangen, vereinbaren könne, umsomehr als die augenblickliche russische Gesetzgebung das Privateigentum nicht anerkenne. Auch der zweite Paragraph der Resolution, der die wirtschaftliche Wiederherstellung aller Länder und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen allen Staaten vorsieht, stehe im Widerspruch mit dem darauffolgenden Paragraphen, in dem gesagt werde, daß an den bestehenden Verträgen nichts geändert werden solle. Außerdem werde Poincaré die wichtige Frage aufwerfen, ob der Völkerbund von diesen internationalen Debatten fern gehalten werden solle.

Zustimmung Poincarés zum Vorschlag Englands über das Reparationsprovisorium?

500 Millionen Goldmark für 1922. — Annahme des interalliierten Finanzabkommens durch Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 3. Februar.

Im „Oeuvre" schreibt heute Herr Saglio über die Politik Poincarés. Es wird nicht nur das Verhalten Poincarés vor der Konferenz von Genua kritisiert, sondern auch seine Auffassung über die Wiedergutmachungsfrage. Es heißt in dem Artikel: „Im gleichen Augenblick, als Herr Briand eine versöhnende Politik vollenden wollte, die uns außer einem höchst ehrenvollen Garantievertrag die volle Zahlung unserer Forderungen für das Jahr 1922 eingebracht hätte, in diesem selben Augenblick hat Poincaré als Vorsitzender des Senatsausschusses den Bestrebungen Briands ein Ende gemacht. Poincaré formulierte in einer Depesche sein Programm für die Wiedergutmachung. Er verlangte, daß die Wiedergutmachung unantastbar bleiben sollte. Was hat **Poincaré** jetzt getan? Er hat die Absicht ausgesprochen, das **Finanzabkommen vom 13. August 1920 anzunehmen,** das die Kammer zurückgewiesen hatte und das uns jeden Anspruch auf einen Anteil an den ersten Zahlungen Deutschlands nimmt. Er hat **im Prinzip der Herabsetzung der deutschen Zahlungen für 1922 von 720 Millionen auf 500 Millionen Goldmark zugestimmt.** Auf eine Anfrage, die an ihn gerichtet wurde, um diesen Widerspruch aufzuklären, hat er geantwortet: **„Die Zahlungen für 1922 kommen für mich erst in zweiter Linie."** Das soll natürlich heißen, daß er im Augenblick Opfer bringe, aber dafür später um so energischer die ganzen Forderungen eintreiben will. Aber Poincaré weiß selbst am besten, daß die Summe von 132 Milliarden nur noch einen theoretischen Wert hat, und daß Frankreich auf all das, was es jetzt nicht erhält, später vielleicht endgültig verzichten muß."

Die italienische Regierungskrise.

Die Katholiken gegen Giolitti.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 3. Februar.

Der „Corriere d'Italia", das Organ der Popolaripartei, erklärt, die Schilderhebung gegen Bonomi sei eigentlich gegen die Popolari gerichtet, aber diese würden zu verhindern wissen, daß die Hintermänner der Prätorianergarde (lies Giolitti) an Bonomis Stelle treten. Der „Mondo" beklagt, daß in einem Augenblick, wo Poincaré in Paris und Rathenau in Berlin ans Ruder kommen und Benesch aus der Prager Regierung auszuscheiden im Begriffe stehe, in Italien eine Krise ausbreche. Jeder Augenblick zähle. Hoffentlich würden die maßgebenden Parlamentarier die bedenkliche Krisis nicht nutlos verlängern.

Der Zwischenfall in Petersdorf.

Die Mitteilung des französischen Botschafters in Berlin.

Der französische Botschafter hat dem Reichskanzler gestern abend eine Aufzeichnung über die Vorgänge in Petersdorf-Gleiwitz übergeben. Darin wird eine Darstellung des Verlaufes der Schießerei und der verschiedenen Waffenfunde in Oberschlesien gegeben. Der Botschafter hat auf Grund dieser Tatsache darauf hingewiesen, daß an der Schießerei anscheinend eine militärische Geheimorganisation beteiligt sei, deren Wurzeln nach Mittel- und Niederschlesien reichen sollen. Im Namen der französischen Regierung hat der Botschafter die Reichsregierung ersucht, bei der Feststellung und gerichtlichen Verfolgung der Teilnehmer dieser angeblichen Organisation mitzuwirken. Der Reichskanzler hat die Mitwirkung der deutschen Behörden bei der Ermittelung der Beteiligten zugesagt. Wie wir dazu noch erfahren, steht die Veröffentlichung einer amtlichen Darstellung der Vorgänge bevor. Infolge des Eisenbahnerstreiks war die Uebermittlung des Berichtes mit Schwierigkeiten verknüpft.

Das Wolffsche Bureau knüpft an diese Mitteilung folgende Betrachtung: Die in der französischen Presse verbreiteten Meldungen, die französische Regierung habe Sanktionen in Aussicht gestellt, liangen von Anfang an wenig wahrscheinlich, denn der Vorfall hat sich innerhalb des Machtbereichs der interalliierten Kommission zugetragen, in dem nicht die deutsche Regierung, sondern die interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung allein verantwortlich ist.

Die Auseinandersetzungen zwischen Paris und London.

England für ein Dreierabkommen über die Orientfragen. — Das Rheinland und die Garantiefrage. — Die englische Arbeiter gegen den Garantiepakt.

(Telegramm.)

London, 3. Februar. (W. T. B.)

Reuter erfährt, daß noch kein Zeitpunkt für das Zusammentreffen der drei Außenminister in Paris festgesetzt worden ist. Die Frage des nahen Ostens bildete gestern den Gegenstand von Unterredungen zwischen Poincaré und Lord Hardinge. Die Haltung der französischen Presse zeigt, daß der britische Standpunkt nicht ganz verstanden wird, aber es kann gesagt werden, daß die Lage sich durch die Unterredungen zwischen den beiden Staatsmännern etwas geklärt hat. Die britische Auffassung ist, daß es im Interesse der beiden Seiten dringend zu wünschen wäre, sobald wie möglich ein Ende in dem latenten Kriege zwischen Griechenland und der Türkei herbeizuführen. Es besteht keinerlei Wunsch, die eine Nation auf Kosten der anderen zu begünstigen. Das Ziel der britischen Politik ist einfach, einen baldigen und dauernden Friedenszustand zu schaffen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß ein unentbehrlicher erster Schritt für einen solchen Frieden ein gemeinsames Uebereinkommen zwischen England, Frankreich und Italien wäre. Man bedauert, daß in Paris noch nicht genügend verstanden wird, wie gut die Wirkung einer Zusammenarbeit zwischen den drei Alliierten sein würde. Solange ein solches gemeinsames Uebereinkommen nicht erzielt wird, müssen die Waffenstillstandsbedingungen mit allen ihren die drei beteiligten Parteien behindernden Bestimmungen in Kraft bleiben.

Der „Daily Chronicle" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Großbritannien sagt Nein zu Frankreich" einen Artikel seines diplomatischen Berichterstatters, in dem es heißt, die Verhandlungen der britischen Regierung mit Frankreich seien an einem Wendepunkt angelangt. Auf die beiden vor kurzem eingetroffenen Noten Poincarés, deren eine den sogenannten Pakt und die andere die Frage des nahen Ostens betraf, habe die englische Regierung bereits geantwortet. Die britische Antwort mache es vollkommen klar, daß sie den von Poincaré dargelegten Standpunkt in den internationalen Fragen nicht teile.

Der gemeinsame Ausschuß der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftskongresses hat eine Entschließung angenommen, die sich gegen den geplanten englisch-französischen Garantiepakt mit der Begründung wendet, daß dieser Pakt dazu führen könnte, das britische Volk infolge der Politik und infolge von Handlungen einer alliierten Nation, auf die das britische Volk keinen Einfluß habe, in einen Krieg zu stürzen. Die Resolution fordert weiter, daß der Betrag der von Deutschland zu zahlenden Reparationsschulden durch ein internationales Uebereinkommen oder durch einen Schiedsspruch festgestellt und seine Höhe so bemessen werde, daß man vernünftigerweise seine Bezahlung von Deutschland erwarten könne. Endlich fordert die Resolution die Zurückziehung der Besatzungstruppen und die Schaffung eines wirklichen Völkerbundes, dem Deutschland und Rußland angehören.

Die Annahme
es 2-Mark-Straßenbahntarifs.

er Nachtsitzung der Stadtverordnetenversammlung.

ar bereits über eine halbe Stunde nach Mitternacht, als der Dr. Caspari erklärten konnte, daß die Sitzung der Ber- adtverordneten geschlossen sei. Die vorhergegangenen acht- Verhandlungen waren selbst nach den bekannten Tradi- er Berliner Stadtverordnetenversammlung in besonderem erquicklich. Von vornherein stand fest, daß als eigentlicher sfern die Vorlage des Magistrats zur Deckung der en Löhne und Gehälter für die städtischen Arbeiter estellten anzusehen sei. Diese erhöhten Löhne werden be- dem 1. Dezember vorigen Jahres gezahlt, aber die dazu ellnden Mittel fehlten noch immer, so daß der städtische r allmählich nicht mehr wußte, wie er auch nur die ten laufenden Ausgaben bestreiten sollte. Trotz dieser igen Notlage der Stadt wollte ein sehr erheblicher Teil der lung von den zum Ausgleich vorgeschlagenen Erhöhungen e für Gas, Elektrizität, Wasser und Straßenbahn nichts Die Deutschnationalen berührten sich hierbei mit mmunisten, die ihrerseits wieder von der unabhängigen okratie unterstützt wurden. Im Hintergrund stand natür- städtische Manteltarif, dessen künftige Ausgestaltung für die Wirtschaftlichkeit der städtischen Werke ent- ist.

Verhandlungen wurden durch die Obstruktions- e der Kommunisten nach berühmten Mustern ver- So hielt der Kommunist Schwenk eine zweieinhalb- Dauerrede, die aber mit dem seiner schweren Aufgabe nicht en jungen Mann nur Mitleid erweckte. Gerade durch diese d inszenierten und kläglich durchgeführten Manöver der Linken wurde der Widerstand der Mehrheit aufgestachelt. tverordneten richteten sich im Rathaus auf eine Dauer- und boten selbst den mangelnden Verkehrsleistungen Trotz. darf nicht unerwähnt bleiben, daß es der völligen onslosigkeit des Magistrats zu verdanken war, Debatte in unerhörter Weise in die Länge gezogen wurde. nmste Stückchen leistete sich der kommunistische Stadtrat r als „Vertreter des Magistrats“ durch eine vom Zaune Bemerkung die schon geschlossene Beratung wieder zu er- rsuchte. Wäre der Oberbürgermeister oder der zweite ister zur Stelle gewesen, so hätten sie pflichtgemäß dem Leetz untersagen müssen, zu einer Sache zu reden, die ihn nichts anging. Der sozialistische Stadtverordnete, Ministe- r Krüger, nannte dieses Verhalten des Stadtrats Leetz erhörte Unanständigkeit“. Der städtische Käm- statierte noch ausdrücklich, daß Herr Leetz keine Berechtigung Namen des Magistrats zu sprechen. Aber der angerichtete er fast zu Handgreiflichkeiten zwischen Kommunisten und sozialdemokraten geführt hätte, konnte damit nicht wieder t werden.

r bereits ¾12, als endlich mit der namentlichen nung über die einzelnen Tarife begonnen werden Da die Deutschnationalen mit der äußersten Linken stimmten, so stand die Entscheidung auf des Messers Die Erhöhung des Elektrizitätspreises auf chien bereits mit 80 gegen 79 Stimmen angenommen zu Revision der Abstimmung ergab indessen die Ableh- s Tarifs mit 80 gegen 80 Stimmen. Bei der Erhöhung preises stimmten nur 78 Stadtverordnete mit ja und 79 Auch die Erhöhung des Gaspreises war damit n. Darauf wurde die Erhöhung des Wasserpreises gistrat zurückgezogen. Es blieb noch die Erhö- s Straßenbahntarifs auf zwei Mark übrig. Sie it 101 gegen 49 Stimmen angenommen. Das ebnis ist also, daß nur die Erhöhung des Straßenbahn- willigt, alle anderen Deckungsvorschläge des Magistrats ab- urden.

P. M.

Die neuen Straßenbahnpreise.

m morgigen Tage tritt, nachdem die Berliner Stadtver- rsammlung ihre Genehmigung erteilt hat, auf den Straßenbahnen nachstehender Tarif in nzelfahrschein 2 Mark, Umsteigefahrschein 3,50 Mark. allgemeinen Verkehr im Wechselverkehr mit der Untergrundbahn werden Umsteigefahrscheine in den nächsten sgegeben, für den Binnenverkehr der vormaligen , Köpenicker, Heiligenseer Straßenbahn, Teltower Kreis- bahnen ausschließlich Grunewaldbahnen 2 Mark. — Sammelkarten, nur gültig im Binnenverkehr der vormaligen Spandauer, Köpenicker, Heiligenseer Straßenbahn, Teltower Kreisbahnen einschließlich Grunewaldbahn, für 8 Fahrten 14 Mark; die bisherigen Sammelkarten für 8 Fahrten zu 10 Mark, die gemäß den Tarif-Bestimmungen mit Einführung des erhöhten Tarifs ihre Gültigkeit verlieren, dürfen bis Ende Februar gegen Lösung eines Zusatzfahrscheines zu 50 Pfennig für die Einzelfahrt ausgenutzt werden.

Monatskarten vom Monat Februar ab für eine Linie 170 Mark, für zwei Linien 220 Mark, für drei Linien 280 Mark, für alle Linien 440 Mark. — Schülermonatskarten 40 Mark, Arbeiterwochenkarten für 6 Wochenfahrten 10 Mark, für 12 Wochenfahrten 20 Mark, für 48 Wochenfahrten (Vierwochenkarte) 80 Mark. — Für gebührenpflichtiges Gepäck und für Hunde wird Fahrgeld wie für eine Person erhoben.

Die Schlichtungsordnung.

Annahme im Reichsrat.

Im Reichsrat, der am Donnerstag abend unter Vorsitz des Ministers des Innern Dr. Köster eine öffentliche Sitzung abhielt, berichtete über den Entwurf einer Schlichtungsordnung Ministerialdirektor Dr. Frid. Die Reichsregierung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Regelung der Schlichtungsangelegenheit aus dem Uebergangsstadium für die Zeit der Demobilmachung nunmehr zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung geführt werden muß. Insbesondere ist auch die Einteilung der Schlichtungsbehörden nach den Bezirken der alten Bezirkskommandos nicht mehr zeitgemäß. Auch gebe es Fälle, wo die Anrufung und Beteiligung der Schlichtungsbehörden nicht lediglich dem freien Ermessen überlassen werden könne. Der Regierungsentwurf beruht auf folgenden Grundsätzen: An der Spitze steht der Grundsatz der Selbstverwaltung in doppelter Hinsicht, einmal insofern, als an erster Stelle die Schlichtung den tariflich bestimmten Instanzen so sehr vorbehalten ist, daß sie den behördlich geregelten Instanzen vorgehen, und zweitens insofern, als für die behördlichen Instanzen eine weitgehende Korrektur durch die Selbstverwaltung möglich ist, indem die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden in jedem einzelnen Fall durch die Parteien umgeändert werden kann, und zweitens, indem diese auf die Gestaltung des Verfahrens einen weitgehenden Einfluß haben.

Vorgesehen sind Schlichtungsstellen, Landesschlichtungsämter und Reichsschlichtungsämter. Dem neuen Verfahren sollen unterworfen werden nur Gesamtstreitigkeiten, die zwischen einer Gesamtheit der Arbeitnehmer und einem oder mehreren Unternehmern entstehen. Das Ziel ist, überall auf eine gütliche Einigung hinzuwirken, und zwar mit möglichster Beschleunigung. Wenn bei einer Gesamtstreitigkeit keine Einigung zustande kommt, soll vor Verhängung von Aussperrungen oder der Vornahme der Arbeitseinstellungen die Schlichtungsstelle angerufen werden. **Aussperrungen oder Arbeitseinstellungen müssen in geheimer Abstimmung mit mindestens zwei Drittel Mehrheit beschlossen werden.** Ein Gewerbeaufsichtsbeamter soll zur Kontrolle der Abstimmung zugezogen werden. Drei Tage sollen mindestens zwischen der Zustellung eines Schiedsspruchs und dem Beginn eines Kampfes liegen. Die gemeinnützigen Betriebe, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nehmen eine Ausnahmestellung insoweit ein, als hier die Schlichtungsbehörden auch von Amts wegen tätig sein können; es wird eine besondere Beschleunigung des Verfahrens vorgesehen. Die Verbindlichkeit eines Schiedsspruches für diese Betriebe kann auf Antrag der obersten Landesbehörde oder des Reichsministers des Innern ausgesprochen werden und nicht nur auf Antrag der Beteiligten. Als Rechtsmittel ist lediglich Einspruch vorgesehen wegen Mängel beim Verfahren oder wegen Gesetzesverletzung. Ein Strafverfahren für Aussperrungen und Arbeitseinstellungen, die gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes vorgenommen werden, ist nicht vorgesehen, auch findet keine Zwangsvollstreckung für die Schiedssprüche statt.

Die Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung gegen die Stimme Sachsens angenommen.

Dem tschechoslowakischen Konsul in Berlin, **Dr. Ladislav Málek**, ist namens des Reiches das Exequatur erteilt worden.

Die Revision Landru verworfen. Aus Paris wird gemeldet: Das Revisionsgesuch Landrus ist vom Kassationsgerichtshof abgewiesen worden.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Gelinder, überwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich starken südlichen bis südwestlichen Winden.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im östlichen Ostseegebiete geringe, in den meisten anderen Gegenden starke Schnee- und Regenfälle mit nordwärts fortschreitender Erwärmung.

Handel und Verkehr.

✱ **Die Konjunktur in der internationalen Textilindustrie.** Die Berichte aus den Textilindustrien der überseeischen Länder, besonders aus Süd- und zum Teil auch aus Nordamerika, zeigen, dass trotz der bedeutenden Einfuhr europäischer Erzeugnisse, die Beschäftigung eine verhältnismässig günstige ist.

Die Strick- und Wirkwarenfabrikanten in den Vereinigten Staaten, die bekanntlich sehr grosse Mengen deutscher Strumpfwaren einführen, haben alle ihre Maschinen lohnend beschäftigt, während der Verkehr in der Seidenindustrie ruhiger geworden ist. Die Krisis in der japanischen Textilindustrie ist noch nicht verschwunden. Dänemark sendet wenig günstige Berichte, während in Schweden und Norwegen der Geschäftsgang als ziemlich befriedigend zu bezeichnen ist. In Rumänien geht das Geschäft jetzt besser, ebenso in Spanien. Die nordfranzösische Wollindustrie sowie die Wirkwarenfabrikanten Frankreichs haben noch gut zu tun, während die Leinen- und Juteindustrie Klage führt. In der Tschechoslowakei ist der Geschäftsverkehr gegen das Vorjahr vermindert.

Die Geschäftslage des deutschen Webstoffgewerbes bleibt trotz der steigenden Rohstoffpreise und der dadurch bedingten teureren Warenpreise eine befriedigende. Die Baumwollindustrie ist in allen ihren Teilen voll beschäftigt, ebenso haben die Leinenwebereien, denen erfreulicherweise der Rohstoff jetzt in hinreichendem Masse zur Verfügung steht, gut und zu lohnenden Preisen zu tun. Die Jutebranche arbeitet normal. Für Herren- und Damenkonfektionsstoffe besteht unverminderte Kauflust, die selbst durch die stark gesteigerten Preise nicht gehemmt wird. Die Wirk- und Strickwarenfabrikanten, welche noch mit älteren Orders übermässig beschäftigt sind, erhalten täglich neue Aufträge und zwar zu sehr hohen Preisen. Wenngleich der Verkehr in der Seidenindustrie etwas ruhiger geworden ist, so hat dieser Zweig noch immer vollauf zu tun. Die Besatzindustrie bleibt noch verhältnismässig günstig beschäftigt.

✱ **Die Lage des Eisenmarktes.** Auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt ist, wie unserem Essener Korrespondenten aus Werkskreisen mitgeteilt wird, die Nachfrage in der letzten Zeit wieder etwas grösser geworden. Besonders das Auslandsgeschäft hat eine merkliche Belebung erfahren. Dabei sind die Ausfuhrpreise auf dem holländischen Markt um etwa 10 Gld. im Durchschnitt gestiegen.

✱ **Die Danziger Creditanstalt Akt.-Ges.**, die, wie schon bekannt, von Danziger Handelskreisen unter Mitwirkung der Dresdner Bank gegründet worden ist, hat ihr Kapital auf 30 Mill. Reichsmark erhöht und eröffnet nunmehr ihren Geschäftsbetrieb in dem Gebäude des auf die Dresdner Bank übergegangenen Bankhauses Meyer & Gelhorn. Dem Aufsichtsrat gehören an: Senator Jewelowski, Arno Meyer, früher in der Firma Meyer & Gelhorn, Direktor Kleemann und Geheimrat Dr. Frisch vom Vorstand der Dresdner Bank, Direktor Weinkrantz, Hermann Braemer, Graf Heinrich v. Keyserlingk, Karl Leyding, Amtsgerichtsrat Dr. Loening, Dr. Muscate, Leo Neumann, Professor Noë, Rafael Szereszowski.

✱ **Die Tschechoslowakei gegen Bezahlung deutscher Waren in tschechischer Währung.** Nach Mitteilungen deutscher Exporteure erschwert das tschechoslowakische Aussenhandelsamt in Prag die Bezahlung deutscher Waren in tschechischer Währung. Eine Bezahlung in tschechischer Währung wird nur ausnahmsweise bewilligt, wenn es sich um die Einfuhr von Rohstoffen, Getreide, Petroleum, verschiedenen Maschinenbestandteilen usw. handelt. Die Bewilligung wird in solchen Fällen nur auf besonderes Ansuchen durch die Valutaabteilung des tschechoslowakischen Aussenhandelsamts erteilt. Die Verordnung des Finanzministeriums vom 28. November 1919 Nr. 644, die in § 3 die Ausfuhr von tschechoslowakischen Staats- und Banknoten verbietet, wird gleichfalls scharf zur Anwendung gebracht. Die Tschechoslowakei bezweckt mit diesen Massnahmen, ihre deutschen Markbestände abzustossen und die deutschen Exporteure zu zwingen, möglichst nur in deutscher Mark zu fakturieren und deutsche Valuta in Zahlung zu nehmen.

✱ **Die Bank von Frankreich.** Der Bericht der Bank von Frankreich über das vergangene Jahr spiegelt die Wirkung der wirtschaftlichen Depression und die Bemühungen gegenüber der Deflation wider. Der Geschäftsumsatz erreichte 64.721 Mill. Fr. gegen 71.490 Mill. Fr. i. V. Diskonten waren 1200 Mill. Fr. weniger als i. V. Darlehen auf Sicherheiten waren 3000 Fr. geringer als 1920, und die Bilanz der festen und laufenden Depositen fielen von 3483 Mill. Fr. auf 2701 Mill. Francs. Die Metallreserve ist fast unverändert geblieben. In London werden noch immer 1896 Mill. Fr. als Sicherheit für Kriegsanleihen gehalten. Die Anleihen an den Staat fielen von 26 600 Mill. Fr. auf 24 600 Mill. Fr.; die jüngste Mitteilung weist nur noch 23 000 Mill. Fr. auf. Die Zirkulation, die das Jahr mit insgesamt 36 417 Mill. Fr. begann, stieg auf 38 832 Mill. Fr. im Mai und fiel gegen Ende des Jahres auf 36 246 Mill. Fr. Sie steht jetzt auf 36 432 Mill. Fr.; das autorisierte Maximum beträgt 41 Milliarden Fr.

✱ **New-York**, 2. Februar. (Privat-Funkspruch.) Im Gegensatz zu den Vortagen verlief die Börse sehr lebhaft bei fester Grundstimmung. Reges Interesse zeigte sich für Industrieaktien und Spezialwerte, die zu steigenden Kursen aus dem Markt genommen wurden. Den Anstoss hierzu gaben weitere Berichte über Fusionsbestrebungen und günstige Meldungen über die Aussichten in der Industrie. Auch das Anziehen des Sterlingkurses trug wesentlich zur guten Verfassung der Börse bei. Im Gegensatz zu der allgemeinen Stimmung wiesen Eisenbahnaktien ruhigen Verkehr auf. Die Börse schloss fest bei einem Aktienumsatz von 670 000 Stück. — Auch heute war die Markdevise vernachlässigt und ohne wesentliche Veränderung. Nachfolgend die Notierungen: anfangs und 10½ Uhr 0,48¾ bzw. 0,49, am Schluss 0,48¾ und nachbörslich 0,48½ bzw. 0,48¾.

Aus den Konzerten.

Pfitzners neue Kantate.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Leopold Schmidt.

m Anbruch-Konzert war's, unter Selmar Meyrowitz, wir das neue Werk Hans Pfitzners, der sich so wenig um nack der Menge oder gar des Tages kümmert und, vielleicht rum, zuweilen recht zeitgemäß sein kann. Der den Mut nserer Lage (oder richtiger: bei unserem Benehmen) uns orff zu erinnern Wer liest noch Eichendorff? Wer fragt der deutschen Romantik? Wer will noch vom Kunstwerk e Vergangenheiten, in eine reine, schönheitstrunkene Emp- elt versetzt sein? Aber die Gemeinde der wenigen, die s doch nicht von sich abgetan haben, erlebte eine Freude, enfreude. Es zeigte sich nämlich wieder, daß es auf unser nseren Geschmack, unsere Lebensauffassung, wo echte Kunst nicht ankommt, daß sie nicht das im letzten Grunde Ent- sind. Pfitzners Glaube an den deutschen Idealismus teckend. Diese moderne Gesellschaft, die da in der Phil- saß, war wirklich gefangen.

n die Kantate, die Pfitzner „Von deutscher Seele“ nennt, so neu, so stark, so glücklich erfunden? Oder war es ene „deutsche Seele“, die so vernehmlich, so beweglich aus ? Das wäre an sich ein Unterschied, und doch wäre das andere zugunsten des Komponisten zu buchen. Pfitzner anderen das Verdienst, daß er die Kritik durch sein u ihrem Besten beeinflußt. Er stellt sie vor Werke, bei widerstrebt, aus einer Summe von Erwägungen über Er- Technik und Formgebung ein zustimmendes oder ab- Urteil zu gewinnen. Es wäre ein leichtes, nachzuweisen, m Teil durchaus moderne Tonsprache dieser Kantate mit uckart des Dichters nicht völlig übereinstimmt, daß hier rwärts blühende melodische Erfindung nicht gerade Sache ist, oder daß er in den orchestralen Zwischenspielen das Ganze aus dem Auge verliert und vor sich hin- als ob er den Zuhörer vergessen hätte. Aber damit ist ntliche, Wesentliche nicht berührt. Denn trotz alledem Endzweck jeder Kunst — und das verbindet ihn mit den aus dem Besten, was er geschrieben, an Gemüt und sich wendend hervor. Das erklärt die Anhängerschaft, die bweisend ernste Tondichter findet und die Wertschätzung, einer Persönlichkeit zollt. Auch die neue Kantate hinterläßt den Eindruck eines idealistischen, tief innerlich empfangenen Werkes von ausgesprochen deutscher Wesensart, das uns mit sich in das Reich der Romantik entführt. Eine zeitgeschichtliche Tendenz ist dabei unverkennbar. Pfitzner wollte uns die tröstliche Gewißheit geben, daß wir an der Zukunft unseres Volkes nicht zu verzweifeln brauchen.

Musikalisch lernen wir den Schöpfer des „Palestrina“ trotz stilistischer Aehnlichkeiten (ich denke an gewisse Archaismen) von einer völlig andern Seite kennen. Die Kantate ist abwechselnd für Solostimme und Chor und für großes Orchester und Orgel geschrieben. Sie zerfällt in zwei Teile, deren erstem Sprüche, deren zweitem Gedichte Eichendorffs zugrunde liegen. Der wertvollere ist der erste Teil. Er behandelt das Thema „Mensch und Natur“. Hier sind wundersame, im Orchester prägnant gemalte Tonbilder: „Der Tod als Postillion“, der Sturm, der lärmend ums Haus geht, die Episode „Wenn der Hahn kräht auf dem Dache“, und die von Horn und Harfe eingeleitete „Abendstimmung“. Hier trifft man auch auf bewegtere Zeitmaße gegenüber der späteren Häufung der langsamen. Sehr schön singt der Schluß von dem Einzug des „andern Königs wunderreich“, wobei Pfitzner mit besonderer Wirkung den Choral verwendet. Der zweite Teil hat die Ueberschrift „Leben und Singen“. Ein charakteristisches Vorspiel schildert das jahrhundertlange, ziellose Wandern der Menschheit. Noch zwei Sprüche — dann gedanklich nur lose verknüpfte Lieder, von längeren Zwischenspielen unterbrochen, die von einer Stimmung in die andere überleiten sollen. (Dies die Idee, aus der das Ganze hervorgegangen ist.) Ein lustiger Canon zwischen ersten, melancholischen Gesängen. Zum Schluß der „Friedensbote („Das Land ist ja frei!“) und prächtig aufgebaut die Mahnung zur Tatkraft: „Fest das Steuer, laß das Zagen“, in die das Werk höchst wirkungsvoll ausklingt.

Der Führer durch das Labyrinth der Partitur war also Meyrowitz. Seiner sicheren Hand konnten sich Sänger und Orchester getrost anvertrauen. Mit merkbarer Hingabe und feinster Einfühlung — es war eine seiner besten Dirigentenleistungen — gestaltete er das schwierige Werk, so daß der Komponist ihm dankbar die Hand drücken konnte. Pfitzner wurde schon nach dem ersten Teil gerufen und am Schluß aufs herzlichste beglückwünscht. Mit ihm und dem Dirigenten mußte auch Bruno Kittel erscheinen, dessen Chor sich um die Wiedergabe außerordentlich verdient gemacht hatte. Zu der eminenten Orchesterleitung der Philharmoniker — Albert Harzer (Flöte), Oskar Schumann (Horn) und an der Harfe Otto Müller taten sich besonders hervor — kam noch ein ungewöhnlich gutes Solistenquartett: die vortreffliche Musikerin Kiurina, deren mühelose Höhe hier Triumphe feierte, Wiens zukunftsreiche Altistin Olszewska mit ihrem prachtvoll klingenden Organ, ferner der höchst beachtenswerte Münchener Tenor Fritz Krauß und der sonore Baß-Meister Albert Fischer. Schade, daß die Aufführung in dieser Form nicht wiederholt werden kann.

✱

In dem Konzert des Dirigenten Efrem Kurtz ging für uns ein neuer Stern am Kunsthimmel auf: Cecilie Hansen. Die junge, in Rußland bei Auer ausgebildete Dänin, eine interessante Erscheinung, ist etwas Seltenes, ist eine Individualität. Ihr Violinspiel fesselt vom ersten Takt an durch die Weichheit und Intensität des Tones, die bewußte Art der Bogenführung und ein glänzendes technisches Können. Die angeborene Begabung für das rein Geigerische ist hochentwickelt. Zugleich aber offenbarte sich in der eigenartigen Darstellung des Tschaikowski-Konzertes eine Musikerin, in der sich sympathische Weiblichkeit der Auffassung mit künstlerischer Intelligenz und starker rhythmischer Energie verbindet. Kein Zweifel, Frau Hansen hat sich Berlin mit einem Schlage erobert. Herr Kurtz begleitete sie nicht immer gewandt genug, zeigte aber in Rimski-Korsakows Spanischem Capriccio, daß er das Orchester zu beherrschen und temperamentvoll zu empfinden vermag.

Die Streikgefahr an den Berliner Bühnen. Die Verhandlungen der Berliner Bühnenleiter mit den Vertretern des Bezirksverbandes der Deutschen Bühnengenossenschaft haben heute mittag begonnen. Es besteht Aussicht auf eine Einigung. Die Entscheidung dürfte aber für heute kaum noch zu erwarten sein, da die Vertreter der beiden Parteien noch ihren Organisationen Bericht erstatten müssen.

Lia Rosen gibt nach langer Pause am 8. Februar im Klindworth-Saal einen Vortragsabend. Ihre träumerische Beseeltheit ist noch bei allen unvergessen. Max Reinhardt hat über ihre Kunst einmal die folgenden schönen Worte gefunden: „Lia Rosen ist eines der großen und seltenen Wunder, die ich in der Kunst menschlicher Verwandlung empfangen habe. Ihre Macht, ohne Beistand ein Gedicht zum Leben zu bringen, seine Musik klingen zu lassen und seine Seele zu offenbaren, ist ganz unvergleichlich. Die dunkle Pracht ihrer Stimme, die eingeborene Tragik, vor allem aber ein wahrhaft dämonischer Wille befähigen sie, das Morgenland in den Saal zu zaubern, und ganz besonders die Welt des Alten Testaments aus sich erstehen zu lassen. Mit einer mystischen, etwa der Besessenheit tanzender Derwische verwandten Inbrunst vermag sie sich und ihre Zuhörer zu einer Ekstase hinzureißen, die das Ziel aller darstellenden Kunst ist.“

* Steuerliche Bewertung einer Valutaschuld.

Eine Zuschrift.

Wir brachten in Nr. 42 unseres Blattes eine Entscheidung des Reichsfinanzhofes vom 24. September 1921, IIIA 139/21, die unserer Redaktion Anlass zu einer kritischen Anmerkung gab. Unter Bezugnahme hierauf schreibt uns unser Berichterstatter am Reichsfinanzhof das Folgende:

Der Reichsfinanzhof unterscheidet bei Bewertung der Schulden ausländischer Währung im obengenannten Urteil zwischen solchen, die am Bilanzstichtage bereits fällig oder wenigstens ablösbar waren, und solchen, bei denen Fälligkeit oder Ablösbarkeit erst später eintrat. Im letzteren Falle will er der Bewertung den Betrag zugrunde gelegt wissen, der an dem späteren Tage der Fälligkeit oder Ablösbarkeit voraussichtlich aufzuwenden ist, um die Schulden zu tilgen, und meint, die Schätzung dieses Wertes sei am besten durch Sachverständige vorzunehmen, die sich in die Verhältnisse des Bilanzstichtages zurückdenken und von da aus eine Schätzung für die Zukunft vorzunehmen haben werden.

Mit Recht führte hierzu die Redaktion aus, dass diese Entscheidung zu erheblichen und unnötigen Komplikationen führt, und dass eine solche Schätzung, wenn sie von der tatsächlich am späteren Fälligkeitstage erforderlich gewordenen Summe abweicht, eben falsch gewesen sein würde und deshalb keine Beachtung finden könne. Der Reichsfinanzhof will mit seinem Grundsatz offenbar dem Umstande Rechnung tragen, dass die Bilanzansätze im allgemeinen zum Werte der Zeit zu erfolgen haben, für welche die Aufnahme gilt, d. h. es soll ermittelt werden, welchen Wert die Bilanzgegenstände am Bilanzstichtage, unter den damals obwaltenden tatsächlichen Umständen, hatten (vgl. Staubs Handelsgesetzbuch, 11. Aufl. I. Band Anm 3 Abs. 4 zu § 40).

Im vorliegenden Falle handelt es sich aber nicht um die Ermittelung des Wertes der Schulden am Bilanzstichtage, sondern — wie der Reichsfinanzhof selbst ausführt — um den Wert des späteren Tages der Fälligkeit oder Ablösbarkeit. Dieser kann zwar bis zum Eintritt dieses Tages auch nur geschätzt werden, aber er wird doch geschätzt für die Zukunft, und deshalb muss, wenn vor endgültiger Steuerfestsetzung die Zukunft zur Gegenwart geworden, d. h. die Fälligkeit oder Ablösbarkeit eingetreten ist, der für diesen Zeitpunkt wirklich ermittelte Wert an die Stelle des geschätzten treten. Denn es ist ein alter, in der Rechtsprechung des preussischen Oberverwaltungsgerichts stets festgehaltener Grundsatz, dass die Mutmassung der vor endgültiger Steuerfestsetzung eingetretenen Wirklichkeit zu weichen hat (Fuisting-Stratz, Preuss. Einkommensteuergesetz 8. Aufl. S. 408, Note 17). Nur auf diesem Wege kommt man zu einer vernünftigen, den Bedürfnissen der Praxis entsprechenden Lösung der Frage.

Das in Rede stehende Urteil des Reichsfinanzhofes ist zwar zum Abdruck in der amtlichen Sammlung bestimmt und kann daher nur vom grossen Senat abgeändert werden. Trotzdem möchten wir Interessenten raten, unter Hinweis auf obige Rechtsausführungen gegen dieses Urteil anzukämpfen.

---

* **Felten & Guilleaume Carlswerk Akt.-Ges.** in Köln-Mülheim. Die heutige Generalversammlung genehmigte die vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 50 Mill. M. auf 200 Mill. M. Die neuen, ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigten Aktien werden von einem Bankenkonsortium nicht unter 370 pCt. mit der Verpflichtung übernommen, sie den bisherigen Aktionären zum Kurse von 400 pCt. derart zum Bezuge anzubieten, dass auf je 3 alte Aktien eine neue bezogen werden kann. Die Kapitalerhöhung erfolgt, wie die Verwaltung erklärt, zur Verstärkung der Betriebsmittel und zur Bereitstellung von Mitteln für schwebende Projekte, über die aber nichts Näheres gesagt wurde. Aus dem Aufsichtsrat sind nach Mitteilung der Verwaltung ausgeschieden Baurat Jordan (Baden-Baden), Ing. Dutreux und J. Aubrun.

* **Neugründungen.** Unter der Firma Graumann & Stern, Kommanditgesellschaft auf Aktien ist in Berlin eine neue Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 10 Mill. M. gegründet worden. Zweck des Unternehmens ist die Fortführung der bisher unter der Firma Graumann & Stern betriebenen Damenmäntelfabrik und die Fabrikation und der Verkauf von verwandten Artikeln. — Unter der Firma Priebuser Braunkohlenwerke Akt.-Ges. ist in Berlin eine neue Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 15 Mill. Mark gegründet worden. Zweck des neuen Unternehmens ist der Erwerb und Betrieb von Braunkohlengruben, insbesondere bei Priebus. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Braunkohlengruben und Braunkohlenvorkommen zu erwerben, Betriebe darauf einzurichten, sie selbst zu betreiben und den Vertrieb zu verpachten, Bergwerksgerechtsame zu erwerben und zu veräussern; sie ist berechtigt, andere industrielle Unternehmungen zu errichten und sich an solchen zu beteiligen, deren Geschäftsbetrieb mit dem Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft oder ähnlichen in Beziehung stehen. Hauptgründer ist Direktor Louis Gebhard. Vorstandsmitglied und Repräsentant von verschiedenen Gewerkschaften bei Priebus.

* **Ein deutscher Entwurf über internationale Rechtshilfe gegen Kapitalflucht.** Die deutsche Regierung beschäftigt sich in der Anlage IV der Denkschrift an die Reparationskommission mit den Massnahmen gegen die Kapitalflucht. Die Regierung hat einen Entwurf zu einem Vertrage zwischen dem Deutschen Reiche und den übrigen europäischen Staaten über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen ausgearbeitet hat.

Im Artikel 3, der die Rechtshilfe in Steuersachen behandelt, heisst es, dass beide Staaten sich verpflichten, in allen Steuersachen und Angelegenheiten der Kapital- und Steuerflucht, sowohl bei der Ermittlung und Festsetzung von Steuern und Sicherheiten, auch im Rechtsmittelverfahren und in der Beitreibung sich gegenseitig Amts- und Rechtshilfe zu leisten. Ferner wird im Artikel 8 betont, dass die Behörde, an die das Ersuchen um Rechtshilfe gerichtet wird, verpflichtet ist, ihm zu entsprechen und dabei dieselben Zwangsmittel anzuwenden, wie bei der Erledigung eines Ersuchens der Behörde des angerufenen Staates oder eines zum gleichen Zwecke gestellten Antrages eines Beteiligten. Bezüglich der Beglaubigung von Urkunden wird im Artikel 17 darauf hingewiesen, dass die von Finanzgerichten des einen Staates aufgenommenen, ausgestellten oder beglaubigten Urkunden zum Gebrauch im Gebiet des anderen Staates in Steuersachen keiner Beglaubigung bedürfen. Zu diesem Zwecke werden die beiden Staaten den in Betracht kommenden Behörden ein Verzeichnis bekanntgeben, das im beiderseitigen Einverständnis auf dem Verwaltungswege geändert oder ergänzt werden kann. Artikel 19 besagt: Die beiden Staaten verpflichten sich, ein Abkommen über gegenseitige Rechtshilfe in Steuerstrafsachen zu schliessen, dabei ist in Aussicht genommen, die beiderseitige Auslieferungspflicht wegen vorsätzlicher Steuerhinterziehung und vorsätzlicher Zuwiderhandlungen gegen die Kapitalabwanderungs- und Steuerfluchtgesetze, und zwar sowohl hinsichtlich der beanspruchten Personen wie auch hinsichtlich der durch rechtskräftiges Strafurteil oder unanfechtbaren Bescheid einer Finanzbehörde eingezogenen oder für verfallen erklärten Vermögenswerte, zu regeln. Die obersten Finanzverwaltungsbehörden der beiden Staaten können die Festsetzung eines Durchschnittskurses für die Umrechnung der Beträge vereinbaren, wegen deren eine Vollstreckung zu erfolgen hat.

Die Tschechoslowakei hat den deutschen Entwurf gebilligt und zu einem dahingehenden Abkommen mit dem Deutschen Reich benuizt.

* **Vereinfachte Anträge auf Erlass von Zahlungsbefehlen.** Die Preussische Richterverein Bezirksverband Gross-Berlin hat eine neue Form für Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls geschaffen. Er hat ein Formular entworfen, das lediglich vom Gesuchsteller zu datieren und zu unterschreiben ist. Dieses wird auf der in gewohnter Weise ausgestellten Rechnung befestigt, die dadurch den Charakter eines Mahnungsgesuches erhält. Der Entwurf des Aufdrucks ist von sämtlichen Berliner Prozessrichtern überprüft worden und dürfte kaum zu Beanstandungen seitens der Gerichte führen. Der Vorstand der Handelskammer hat seine Bereitwilligkeit, die Einbürgerung der neuen Art Mahngesuche zu unterstützen, erklärt. Der Preis eines Bogens mit 10 Antragsformularen und 5 Vollstreckbarkeitserklärungen kostet nur 2 M. Sie sind in den meisten Papier- und Buchhandlungen erhältlich.

* **Oberschlesische Werte** waren an der heutigen Börse wieder sehr gesucht bei lebhaftem Geschäft. Die Gerüchte über Kombinationen in der oberschlesischen Industrie, bei denen englischen Kreisen eine führende Rolle zufällt, erhielten sich heute. U. a. waren höher: Kattowitzer Bergbau (+ ca. 110), Laurahütte (+ ca. 131), Oberbedarf (+ ca. 60) und Caro (+ ca. 85). Ausser oberschlesischen Montanwerten fanden auch Papiere anderer Gesellschaften Oberschlesiens Beachtung, so u. a. Oberschlesische Kokswerke (ca. + 17).

* **Das Bezugsrecht** auf junge Aktien der Rheinischen Creditbank soll 9., 10. und 13. Februar d. J. an der Berliner Börse gehandelt werden.

*

Von Bezugsrechten wurden heute folgende notiert: Adlerfahrer 66, Akt.-Ges. f. Bürsten-Ind. 172, Magdeburger Bergwerk 300, Leipziger Werkz. Pittler 110.

Akt.-Ges. für Strumpfwarenfabrikation vorm. Max Segall. 30 pCt. auf Stammaktien, 6 pCt. auf Vorzugsaktien und 45 pCt. Zuzahlung auf neu zu emittierende 2 Mill. M. Stammaktien, welche den Aktionären im Verhältnis von 3 : 1 zum Kurse von 135 pCt. angeboten werden (i. V. 30 pCt. auf Stammaktien und 6 pCt. auf Vorzugsaktien).

Werra-Werke, Ammoniaksodafabrik: Verlust im ersten Geschäftsjahr (Baujahr): 178 891 M.

* **Bradford,** 3. Februar. (W. T. B.) Am Tuch- und Garnmarkt herrschte eine freie Stimmung, die Geschäftstätigkeit liess jedoch nach wie vor zu wünschen übrig.

* **Berliner Produktenverkehr.** Die Geschäftslage des heutigen Produktenmarktes erwies sich wieder als sehr fest. Schon gestern nachmittag hatte sich die Kauflust vergrössert, und heute hat die zeitweise Steigerung des Dollars angeregt wie mehr noch die Ausbreitung des Verkehrsstreiks. Das Inland hält mit seinen Offerten zurück, weil es doch nicht verladen kann und die Produzenten bei der allgemeinen festen Haltung die Ware in der Erwartung weiterer Preiserhöhungen vielfach selbst noch zu behalten wünschen. Inwieweit diese Spekulation richtig ist, wird natürlich erst die Zukunft lehren. In Weizen sind besonders für mitteldeutsche Abladung merkliche Mehrforderungen bewilligt. Für Roggen sind die Gebote höher, jedoch mit der auffallenden Erscheinung, dass sie für hinterpommersche Stationen nur etwa 3 M. niedriger sind als für märkische. Es spricht hierbei wohl der Umstand mit, dass die Ware an die Reichsgetreidestelle geht, die bekanntlich überhaupt Mühlen zur Aufnahme des Materials zur Verfügung hat so dass sie von den hohen Frachtdifferenzen weniger abhängig ist. Gerste war auch fest. Hafer in eingetroffener Ware scharf aufschnellend im Preise, weil viele Interessenten das eingetroffene und dringend gebrauchte Material haben wollen. Mais war gleichfalls höher bei ruhigem Geschäft. Ebenso waren Mehl, Kleie, Hülsenfrüchte und Futterstoffe meist teurer bezahlt.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 420, pommerscher 418, schlesischer 415 bis 416. Fest. Roggen, märkischer 322—324, pommerscher 320—322, schlesischer 320—322. Fest. Sommergerste 370—375. Fest. Hafer, märkischer 310—312, pommerscher 306—310. Fest. Mais ohne Provenienzangabe prompt 330—335, Februar 312—314, März 308—310 ab Hamburg. Fest. Weizenmehl pro 100 kg 1080—1170, feinste Marken über Notiz bezahlt. Fest. Roggenmehl pro 100 kg 875—930. Fest. Weizenkleie 220 bis 225. Fest. Roggenkleie 225—230. Fest. Raps 700—740. Still. Erbsen, Viktoria 500—555, kleine Speiseerbsen 365—400, Futtererbsen 355—380. Peluschken 400—425. Ackerbohnen 330—350. Wicken 550—580. Lupinen, blaue 310—340, gelbe 400—430. Serradella, neue 525—550, 1920er 400—450. Rapskuchen 300—320. Leinkuchen 430—450. Trockenschnitzel prompt 230. Vollwertige Zuckerschnitzel 280—300. Torfmelasse 30/70 115—120.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon pro 50 kg: Hafer 330—335 M.

Rauhfutter. (Preisnotierungskommission des Fachausschusses der Handelskammer.) Grosshandelspreise pro 50 kg ab Station: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 41—43 M., desgl. Haferstroh 44—46 M., bindfadengepr. Roggen- u. Weizenstroh 36—39 M., gebündeltes Roggenlangstroh 37—39 M., loses und gebündeltes Krummstroh 28—30 M., Häcksel 45—47 M., handelsübliches Heu 98—110 M., gutes Heu 115—128 M.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in M.)	3. Februar	2. Februar
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz:		
Elektrolytkupfer wire bars	6820	6820
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer, 99—99,3 pCt.	5600—5625	5675—5700
Originalhüttenweichblei	2000—2025	2000—2075
Originalhüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	2175—2225	2175—2225
Originalhüttenrohzink (Preis d. Zinkhüttenverb.)	2192	2207
Remelted Plattenzink v. handelsübl. Beschaffenh.	1700—1750	1700—1750
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt., in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren	8700	8700
desgl. in Walz- oder Drahtbarren, 99 pCt.	8900	8900
Banka-, Straits-, Australzinn in Verkäuferswahl	14000—14100	14100—14200
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	13750—13850	13800—13900
Reinnickel, 98—99 pCt.	12400—12700	12400—12700
Antimon-Regulus	2100—2150	2100—2150
Silber in Barren ca. 1000 fein	3800—3825	3750—3800

* **London,** 2. Februar. Metall-Schlussnotierungen. Kupfer per Kasse 62⅝ (Vortag 63¼), per 3 Monate 63⅝ (64¼). Elektrolytic 69—71 (70—72). Best selected 65—67 (66—68). Strongsheets 94 (96). Zinn per Kasse 156⅛ (158¾), per 3 Monate 157⅛ (160⅜). Blei nahe Sichten 21⅛ (22), entfernte Sichten 21½ (21¾). Zink nahe Sichten 24½ (24¾), entfernte Sichten 25 (25¼). Aluminium für Inland 120 (120), für Ausland 125 (125). Antimon-Regulus 38 (38). Weissblech loko 18/1 (19/1). Quecksilber 11¼—11½ (11¼ bis 11½). Nickel für Inland 180 (180), für Ausfuhr 180 (180). Wolfram-Erz 12/3 (12/3). Platin 400 (400), Silber 35⅛ (35¼), auf Lieferung 34⅝ (34¾). Gold 95/9 (96/3).

* **London,** 3. Februar. (W. T. B.) Die Wollauktion wurde heute beendet. Die Nachfrage für alle gangbaren Sorten war andauernd angeregt. Verschiedene Merinosorten und geringere Qualitäten lagen schliesslich unter den höchsten im Verlauf der Auktion erzielten Preisen. Im Vergleich zu der Dezemberauktion stellten sich Merinos um 10 bis 15 pCt., bessere Merinos um 20, Crossbreds um 10—15, mittlere um 10 und grobe um 5 pCt. teurer. Insgesamt wurden während der heute zu Ende gehenden Auktion 193 600 Ballen angeboten, wovon 183 000 Ballen verkauft wurden. 68 000 Ballen gingen davon nach dem Westen.

* **Alexandria,** 2. Februar. Baumwolle. März 34,25, Mai 35,20, Februar 24,25, April 25.

(Weitere Handelsnachrichten siehe Seite 3.)

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski - Berlin - Lichterfelde, für auswärtige Politik Josef Schwab Berlin, für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt Wilmersdorf, für das Feuilleton Erich Vogeler Tegel, für den Roman: Fritz Engel Schöneberg, für die Handelszeitung Dr. Felix Pinner - Wilmersdorf, für den übrigen Teil des Blattes Albert Pilz Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron Schöneberg. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Fonds-Börse 3. Febr. 1922. Befestigt. - Dollar ca. 204.

Die heutige Börse zeigte eine leichte Geschäftsbelebung, bei grösstenteils etwas höheren Kursen. Im Vordergrund des Interesses stehen wieder oberschlesische Werte, die in stärkerem Masse anzogen. Diese Kufe wirkten auf die Börse anregend ein. Am Devisenmarkt schwächten mit bei ruhigem Geschäft die Kurse wieder etwas ab, nachdem sie heute etwa zu den gestrigen Abendkursen eingesetzt haben. Der Dollar wurde mit 203¾ nach 205 gehandelt. Sonst wurden noch folgende Kurse genannt: Holland 7550—7600, Schweiz 3970—3990, England 880—883, Frankreich 1705—1715.

Die fortlaufend notierten Papiere wiesen anfangs folgende Veränderungen auf: Hoesch (— 40), Hohenlohe (+ 48), Kattowitzer (+ 95), Laura (+ 91), Oberbedarf (+ 35), Caro (+ 45), Dtsch. Waffen (+ 42), Rathgeber (+ 50), Hammersen (+ 70), Türk. Tabak (+ 50).

Am Markt der „unnotierten Werte" wurden folgende Kurse genannt: Pomona 6300, Dt. Kolonialanteile 7350—7500, Südsee-Phosphat ca. 1900, Salitrera 12 500 G., Mansfelder Kuxe 23 000, Ronnenberg 1120, Frister & Rossmann 2050, Stöwer Auto 500, Benz 560, R. Wolf 840.

Der Rentenmarkt war wenig verändert.

Im Verlauf war die Haltung weiter fester. Gesucht waren auch rumänische (170) und österreichische Noten (2.85).

Der Kassamarkt verkehrte in etwas festerer Haltung.

Höher: Egestorff Masch. 100, Stassfurt chem. Fabr. 75, Kalker Werkzeug 45, Malmedie 40, Masch.-Fabrik Baum 30, Mülheimer Bergwerk 27, Hotelbetriebs-Ges. 25, Caroline 60, Keula Eisen 30, Concordia chem. Fabr. 50, Reichelt Metall 40, Zeitzer Masch. 50, Domnitzscher Torf 30, Schöller Eitorf 50, Union chem. Fabr. 50, Wanderwerke 60, Kohlendestillation 175, Rositzer Zucker 35, Amme, Giesecke Ko. 55, Deutsche Tonröhren 25, Industriebau 33, Nordd. Eis. 20, Capito & Klein 20, Gebr. Krüger 20, Frankonia 16, Riehm Söhne 10, Stock 20.

Niedriger: Hindrichs u. Auffermann 20, Warsteiner Gruben 20, Eckert Masch. 24, Kammerichwerke 40, Bedburg Wolle 72, Harburg-Wien Gummi 35, Lüneburger Wachsbleiche 50, Betonwerke 20, Oppeln Cement 30, Vogtländ. Tüll 25, Freund Masch. 40, Trittonwerke 10, Schäfer 30, Sächs. Waggon 65, Körting Elektr. 55, Magirus 19, Schles. Mühlen 45.

Gegen ¾2 Uhr wurden folgende Kurse genannt: Phönix 945, Gelsenkirchen 860, Dt.-Luxemburg 840, Oberbedarf 920, Rheinstahl 1050, Harpener 1450.

Die Mark wurde gegen 11 Uhr aus dem Auslande wie folgt gemeldet: Holland 1,30 bis 1,31, Kopenhagen 2,40—2,42.

Kosciusko-Noten 6⅛, Warschau 6,22½.

Von den Werten der Compania Hispano Americana de Electricidad gingen heute die 6proz. Rentenbons mit 11 250 à 11 800 M., die Aktien Lit. A mit 17 350 à 17 200 Mark um.